

Wie in der Begegnung von Wissenschaft und Politik Neues entstehen kann

Angelika Striedinger, Karl-Renner-Institut

„Soziologie ist ein Kampfsport.“ So drückte der französische Soziologe Pierre Bourdieu sein Verständnis einer engagierten Wissenschaft aus¹ und beschrieb damit auch die Rolle, die die Sozialwissenschaften für die Politik haben sollen: Zu zeigen, wie Macht, Geld, Ansehen, Lebenschancen in der Gesellschaft verteilt sind; zu erklären, welche Mechanismen dahinterstecken – und durch diese Einsichten zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse beizutragen. Diese Funktion von Wissenschaft ist auch ein wesentlicher Orientierungspunkt für unsere Arbeit im Karl-Renner-Institut, an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik. Und mehr noch: Unsere Bemühungen, gute Räume für den Austausch zwischen Wissenschaft und Politik zu schaffen, sind getrieben von der Überzeugung, dass in diesem Austausch etwas Neues entstehen kann.

Zwischen Wissenschaft und Politik, so betonen zahlreiche Artikel und Kommentare, „besteht seit jeher ein Spannungsverhältnis“², ein „schwieriges Verhältnis“³, es „herrscht seit jeher nicht die große Liebe“⁴: „Wissenschaft und Politik empfinden gleichermaßen, dass sie eine schwierige Beziehung zueinander haben“⁵. Die hier angesprochenen gegenseitigen „Missverständnisse und Fehlwahrnehmungen“⁶ sind zu weiten Teilen darin begründet, dass in diesen beiden Welten grundverschiedene Logiken, Einverständnisse, Codes wirken. Unsere Aufgabe sehen wir hier aber nicht nur in einer Übersetzungsarbeit, mit dem Ziel, Politik durch verständliche wissenschaftliche Expertise besser zu machen – und auch umgekehrt: Wissenschaft durch Einblicke in politische Abwägungen zu bereichern. Sondern wir wollen die Momente der Innovation und Horizonterweiterung nutzen, die sich genau aus den Verschiedenheiten dieser Welten, und in deren Begegnung, ergeben.

Das ist die Motivation hinter der Wissenschaft & Politik Gesprächsreihe des Karl-Renner-Instituts, die im Buch „Wissenschaft und Politik im Dialog“⁷ dokumentiert ist. Bei jedem Gespräch bringen wir ein:e Wissenschaftler:in mit einem/r Politiker:in zusammen, die beide in ähnlichen thematischen Feldern tätig sind. Als Bereichsleiterin für Wissenschaft & Politik im Karl-Renner-Institut plante und moderierte ich Gespräche; sie dauerten jeweils etwa 1-2 Stunden; zwei Drittel der Gespräche wurden in der physischen Begegnung durchgeführt, ein Drittel coronabedingt online. In diesem Text lege ich unseren Zugang zum Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik dar, der hinter dieser Gesprächsreihe steht, und illustriere meine Ausführungen mit Zitaten und Beispielen aus den Gesprächen.

¹ Film „Pierre Bourdieu: Soziologie ist ein Kampfsport“. Regie: P. Carles, Produktion: C-P Productions. Frankreich, 2001. <https://www.absolutmedien.de/film/883/Pierre+Bourdieu%3A+Soziologie+ist+ein+Kampfsport> (16.5.2022)

² Demokratie21 (2020): Expert*innen Rundruf – Wie wenig Wissenschaft braucht die Politik als Entscheidungsgrundlage? #2, Juni 2020. <https://demokratie21.at/expertinnen-rundruf-2/> (30.6.2022).

³ Androsch, H. (2020): „Wissenschaft und Politik – ein schwieriges Verhältnis“. Gastkommentar APA Science, 10.6.2020. <https://science.apa.at/power-search/3082635080150016066> (30.6.2022).

⁴ APA-Science (2020): Weise den Weg weisen. 10.6.2020. <https://science.apa.at/power-search/7138799953043931787> (30.6.2022).

⁵ Mayntz, R. (1996): Politik und Wissenschaft – ein Spannungsverhältnis. Spektrum der Wissenschaft 5/96: 34.

⁶ Mayntz, R. (1996): Politik und Wissenschaft – ein Spannungsverhältnis. Spektrum der Wissenschaft 5/96: 34.

⁷ Striedinger, A. / Maltschnig, M. / Karl-Renner-Institut (Hg.) (2022): Wissenschaft und Politik im Dialog. Wien: Czernin Verlag.

Zum Einfluss von Wissenschaft auf Politik (und umgekehrt)

„Wenn man einen Report hat, in dem der Stand der österreichischen Klimawissenschaft zusammengefasst ist, dann ist das etwas, was man als Politik ernst nehmen sollte. Wenn das ignoriert wird, dann deswegen, weil man es nicht zur Kenntnis nehmen will.“ (Christoph Görg über den Klima- und Energieplan, im Gespräch mit Rainer Handlfinger)

„Würde die Politik evidenzbasiert vorgehen und sich von sachgerechten Motiven leiten lassen, würde sie auf die Wissenschaft und Forschung hören: Die Ursache des Problems liegt oft in der patriarchalen Gesellschaftsstruktur und in überkommenen Männlichkeitsbildern.“ (Alexia Stuefer über Sexualverbrechen, im Gespräch mit Selma Yildirim)

„Die Sprachwissenschaft rennt Sturm, wir schreiben lange, differenzierte wissenschaftliche Gutachten, es gibt eine Sitzung – und Bildungsminister Faßmann kommt in die Sitzung hinein und sagt: ‚Es gibt auch andere Experten. We agree to disagree.‘“ (Ruth Wodak über Deutschförderklassen, im Gespräch mit Sabine Schatz)

Diese Zitate verdeutlichen den Anspruch von Wissenschaftler:innen, politikrelevantes Wissen zu produzieren – und ihren Ärger darüber, wenn Politiker:innen dieses Wissen zwar kennen, aber ignorieren. Allerdings ist die dahinterstehende Frage alles andere als geklärt: In welchem Ausmaß und bei welchen Angelegenheiten soll die Politik wissenschaftlichen Empfehlungen folgen?

Mit dieser Frage beschäftigt sich heute ein ganzer Forschungszweig der Wissenschafts- und Technikforschung. Ausgangspunkt ist dabei die „grundlegende Wissensproblematik von Politik“⁸. Diese besteht darin, dass einerseits von politischen Entscheidungsträger:innen erwartet wird, sich an den Einsichten von Expert:innen zu orientieren, statt an Machtkalkül und Bauchgefühl – andererseits aber große Skepsis gegenüber einem zu starken Einfluss von Expert:innen auf die Politik besteht und eine Expertokratie als undemokratisch abgelehnt wird.

Die demokratietheoretische Kritik an der Macht von Expert:innen in der Politik entstand als Reaktion auf das „goldene Zeitalter für die Experten“⁹. Unterstützt von einem weit verbreiteten Technologieoptimismus und Glauben an die Kontroll- und Steuerungsfähigkeit von Gesellschaft und Natur, herrschte in den Nachkriegsjahrzehnten ein weitgehend ungetrübt Vertrauen an wissenschaftliche Expertise. Dieses Vertrauen wurde allerdings zunehmend infrage gestellt, als die aufstrebende, sozial-konstruktivistisch geprägte Wissenschafts- und Technikforschung untersuchte, wie wissenschaftliches Wissen überhaupt hergestellt wird. Welche Themenfelder und Fragestellungen dabei beforscht werden, welche Mechanismen in den Blick geraten, welche Theorien als plausibel angenommen werden: All das folgt nicht rein objektiven Kriterien, sondern ist geprägt von gesellschaftlichen Glaubenssätzen und den sozialen Prozessen wissenschaftlichen (Zusammen-)Arbeitens¹⁰.

Mit der Dekonstruktion wissenschaftlicher Autorität ging der Ruf nach einer Demokratisierung von Wissenschaft einher. Welche Problemfelder beforscht werden, das sollte nicht mehr rein von wissenschaftsinternen Neigungen, sondern von gesellschaftlichen Anforderungen und Erwartungshaltungen (mit-)bestimmt werden. Umgesetzt wurde dieser Anspruch erstens durch die

⁸ Büttner, S.M. & Laux, T. (2021): Umstrittene Expertise und die Wissensproblematik der Politik: Eine Einführung. Leviathan 49 / Sonderband 38. 13-40.

⁹ Bogner, A. & Torgerson, H. (2005): Sozialwissenschaftliche Expertiseforschung. Zur Einleitung in ein expandierendes Forschungsfeld. In: Dies. (Hg.): Wozu Experten? Ambivalenzen der Beziehung von Wissenschaft und Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 7-29.

¹⁰ Zusammenfassend siehe Felt, U. / Nowotny, H. / Taschwer, K. (1995): Wissenschaftsforschung. Eine Einführung. Frankfurt / New York: Campus.

Verbreitung eines neuen Selbstverständnisses von Wissenschaft, das anwendbares Wissen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme erarbeiten will, und das nicht nur für, sondern gemeinsam mit wissenschaftsexternen Personen¹¹. Zweitens wurde der politische Einfluss auf Forschung gestärkt, indem sich die Forschungsförderung an politisch gesetzten thematischen Schwerpunkten orientiert und Beratungskreise aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Forschungsprozesse begleiten. Ob das geeignete Mittel sind, um Wissensproduktion zu steuern und gesellschaftliche oder politische Anliegen in Forschungsprozesse einzubringen, und in welchem Ausmaß das dann zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beiträgt, ist jedoch umstritten¹².

Wenn es umgekehrt um den Einfluss von Wissenschaft auf Politik geht, so problematisierte die Wissenschaftsforschung ursprünglich, wie oben angesprochen, die Macht von Expert:innen in der Politik. Mittlerweile hat sich die Sorge der Wissenschaftsforschung allerdings verschoben¹³: Heute wird vielmehr das Misstrauen gegenüber der Wissenschaft und die Verbreitung von Fake News und Verschwörungserzählungen als demokratiepolitisches Problem angesehen.

Hinter diesem Misstrauen gegenüber der Wissenschaft stehen langfristige und tiefgreifende gesellschaftliche Dynamiken; mit ein Grund liegt aber durchaus auch im Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik selber, und zwar in einem im Fachjargon als „Epistemisierung des Politischen“¹⁴ beschriebenen Trend. Demnach werden viele politische Konflikte heute nicht mehr als solche, sondern als Wissenskonflikte diskutiert. Die Auseinandersetzungen behandeln dann nicht Interessen, Werte und Vorstellungen eines guten Lebens, sondern es geht vielmehr darum, wer die bessere Expertise aus dem Hut zaubern kann. Zu jeder Expertise lässt sich eine Gegen-Expertise finden; selbst bei Fragen wo sich die Wissenschaft größtenteils einig ist, führt eine falsch verstandene Neutralität in den Medien immer wieder zu einer gleichwertigen Darstellung gegensätzlicher „Wahrheiten“. Der Vorwurf, dass Expertise als Feigenblatt eingesetzt wird, um interessengeleitete Politik als objektiv und alternativlos erscheinen zu lassen, ist sicherlich in vielen Fällen zutreffend, was wiederum zu einem Generalverdacht gegenüber jeglichen sachlichen Argumenten, Zahlen und Daten verleiten kann. Die Folge ist eine Ablehnung „etablierter“ Wissenschaft und eine sinkende Bereitschaft, sich auf argumentbasierte Debatten einzulassen.

Hier können rechtspopulistische Bewegungen einhaken um Anhänger:innen zu rekrutieren, und sie können dabei auch noch ihre Wissenschaftsfeindlichkeit als revolutionäres Aufbegehren gegen die Elite darstellen. Denn: Der Anspruch, dass die Einschätzungen von Wissenschaftler:innen in politische Entscheidungen einfließen sollen, beruht ja darauf, dass Wissenschaftler:innen in der Wissenshierarchie eine überlegene Rolle zugeschrieben wird: Sie sind die Expert:innen in ihrem Fachgebiet, andere sind Lai:innen. Diese „epistemische Asymmetrie“¹⁵ bringt aber auch mit sich, dass es als Selbstermächtigung, als Umsturz alter Hierarchien gedeutet werden kann, wenn der Glaube an, bzw. die Loyalität gegenüber der Wissenschaft aufgekündigt wird. Besonders deutlich wurde das jüngst in den Protesten von Corona-Maßnahmen-Gegner:innen, bei denen

¹¹ Schlagwort „Modus 2“-Wissensproduktion, siehe Gibbons, M. / Limoges, C. / Nowotny, H. / Schwartzman, S. / Scott, P. / Trow, M. (1994): The new production of knowledge. The dynamics of science and research in contemporary societies. London: SAGE.

¹² Mayntz, R. (1996): Politik und Wissenschaft – ein Spannungsverhältnis. Spektrum der Wissenschaft 5/96: 34.

¹³ Büttner, S.M. & Laux, T. (2021): Umstrittene Expertise und die Wissensproblematik der Politik: Eine Einführung. Leviathan 49 / Sonderband 38. 13-40.

¹⁴ Bogner, A. (2021): Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie untergräbt. Ditzingen: Reclam.

¹⁵ Nowotny, H. (2005): Experten, Expertisen und imaginierte Laien. In: Bogner, A. & Torgerson, H. (Hg.): Wozu Experten? Ambivalenzen der Beziehung von Wissenschaft und Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 33-44.

Verschwörungserzählungen oft für glaubwürdiger gehalten werden als der wissenschaftliche Konsens, und in deren Hintergrund rechtsradikale Netzwerke wirken¹⁶.

Auch abseits dieser wissenschaftsfeindlichen oder zumindest -skeptischen Gruppierungen gilt die Vorstellung mittlerweile jedenfalls als reichlich naiv, dass es in Politik und Bevölkerung ein Wissens-Vakuum gebe, das die Wissenschaft einfach mit Fakten auffüllen müsse¹⁷. Vielmehr treffen im Austausch zwischen Wissenschaft und Politik unterschiedliche Wissensformen, mehr noch, unterschiedliche gesellschaftliche Teilbereiche aufeinander, die nach je eigenen Regeln funktionieren.

Was unterscheidet Wissenschaft und Politik voneinander?

„Das Wesentliche in einer Demokratie ist nicht, recht zu haben, sondern im Parlament die Mehrheit zu haben.“ (Jan Krainer zur Vermögenssteuer, im Gespräch mit Hendrik Theine)

„Ob das Fake News sind, ist ja egal. Natürlich sind sie es. Aber so gewinne ich die Debatte nicht.“ (Willi Mernyi über Migrationsdebatten, im Gespräch mit Jörg Flecker)

„Das ist Beschlusslage. Die gesamte Partei steht dahinter, alle Bundesländer und Teilorganisationen. Man muss es wollen. Wir wollen das.“ (Nurten Yılmaz über Staatsbürger:innenschaft, im Gespräch mit Vedran Džihic)

Diese Aussagen verweisen auf wesentliche Bezugspunkte in der Welt der Politik: parlamentarische Mehrheiten, gefühlte Wahrheiten, Beschlüsse und politischer Wille. Das sind andere Bezugspunkte als jene in der Wissenschaft. Das wird besonders deutlich, wenn man in der Gesamtschau vergleicht, was Wissenschaftler:innen und Politiker:innen jeweils in unsere „Wissenschaft und Politik im Dialog“ Gespräche einbringen.

Wissenschaftler:innen beziehen sich in erster Linie auf Forschungsergebnisse, vorrangig aus eigenen Studien, aber auch aus jenen anderer Wissenschaftler:innen. Sie beschreiben Daten (zB Wohnproblemindex, Vermögensverteilung), Modelle (Schicht-Modell zu Arbeitszeit und sozialer Teilhabe), Systematisierungen und Typifizierungen (Dimensionen des Solidaritätsbegriffs, Arten gewerkschaftlicher Macht). Ihre Formulierungen sind meist sehr analytisch und verweisen darauf, wie Dinge entstehen und zusammenhängen (medialer Wandel durch digitale Technologien, Expansion multinationaler Konzerne, unerwünschte Exklusionseffekte von Organisationsformen). Sie verwenden präzise und gehaltvolle Begriffe zur Beschreibung von Phänomenen und Prozessen (Finanzialisierung, Dualisierung, ökologische Modernisierung, Katalysator); manche betonen, dass ihre Forschungsergebnisse nicht ohne weiteres verallgemeinert werden können und Daten oft nur begrenzt aussagekräftig sind.

Politiker:innen verweisen vor allem auf ihre eigenen politischen Forderungen (zB Einkommenstransparenz, mehr Ressourcen für die Justiz) und ihre eigenen politischen Maßnahmen (Wiener Wohnbau, Mindestlohn im Burgenland, Townhall-Meetings im Rathaus). Sie geben Einblick in das politische Alltagsgeschäft: in die Abwägungen zwischen unterschiedlichen Zielsetzungen und Notwendigkeiten (Bevölkerungsexpansion versus Schul-Infrastruktur), in Strategien und Hindernisse bei der Durchsetzung politischer Ziele (ÖVP blockiert Mietrechtsreform und Vermögenssteuer, ÖVP

¹⁶ Zum Zusammenhang zwischen Corona-bezogenen Verschwörungserzählungen und rechter Mobilisierung siehe die Videoreportage „Konformistische Rebellen“ des Presseservice Wien (2021): <https://youtu.be/c55qE2hK3bM> (1.6.2022)

¹⁷ Nowotny, H. (2021): Wege aus der Pandemie: zur Neubestimmung des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft. Policy Brief. http://www.helga-nowotny.eu/downloads/helga_nowotny_b359.pdf (1.6.2022)

erschwert Antikorruptionsbemühungen), sowie in die Knackpunkte und versteckten Interessenlagen in politischen Auseinandersetzungen (Arbeitszeit-Flexibilität für Arbeitende oder für Unternehmen, Klassismus in der Umweltpolitik). Besonders häufig beziehen sie sich zur Illustration ihrer Argumente auf Anekdoten, großteils aus ihrem eigenen Leben (Diskussionen mit FPÖ-Wählern zu Klassen- versus „Rassen“-Solidarität, Vermittlung von gewerkschaftlichen Anliegen während der Regenbogenparade).

Was sagen uns diese Gegenüberstellungen über das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik? In den Sozialwissenschaften gibt es mehrere große Theorien, die Gesellschaft als eine Sammlung bzw. ein Zusammenwirken unterschiedlicher Teilbereiche analysieren. Diese Theorien sind recht unterschiedlich in ihrem analytischen Fokus, sie beinhalten aber im Grunde ähnliche Ansätze zum Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik. In Luhmanns Systemtheorie¹⁸ sind Wissenschaft und Politik je eigene Systeme. Jedes System folgt einem eigenen, systemspezifischen, binären Code. Der Code des Wissenschaftssystems ist „wahr / nicht-wahr“¹⁹, der des politischen Systems „Regierung / Opposition“²⁰. Ähnlich sind in Bourdieus Feldtheorie²¹ Wissenschaft und Politik je eigene Felder. In jedem Feld herrscht ein spezifisches Einverständnis darüber, was wichtig ist, was als erstrebenswert gilt, worum gekämpft wird, wodurch Anerkennung erworben werden kann. Dieses besteht in der Wissenschaft im Glauben an das uneigennützige Streben nach Erkenntnis²²; in der Politik im Streben nach Macht über den Staat²³. Mit der Perspektive der Institutionellen Logiken²⁴ wiederum können Wissenschaft und Politik als je eigene Logiken beschrieben werden. Diese Logiken strukturieren die Wahrnehmung der Menschen, bieten Sinn und Legitimität, und bestimmen, was als selbstverständlich, als logisch angesehen wird und was nicht. In der wissenschaftlichen Logik werden Sinn und Legitimität durch wissenschaftliche Exzellenz erzeugt; in der politischen Logik durch demokratische Prozesse.

Diese systemeigenen Codes, feldspezifischen Einverständnisse, Sinn- und Legitimitätsquellen strukturieren also in all diesen theoretischen Perspektiven den jeweiligen Teilbereich, haben aber nur eine untergeordnete oder keine Bedeutung in anderen Teilbereichen. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür liefert der Austausch zwischen Christoph Görg und Rainer Handlfinger zu Klimapolitik. Beide formulieren Notwendigkeiten, die sie als logische Folge aus den gegebenen Sachzwängen ableiten: Der Wissenschaftler sagt, dass Emissionen sinken müssten und sich das Wirtschaftswachstum ohnehin nicht im nötigen Ausmaß fortsetzen ließe, es brauche daher eine Veränderung der gesamten Produktions- und Lebensweise. Der Politiker sagt, er stehe als Bürgermeister im Wettbewerb mit anderen Gemeinden um die Bevölkerung, er müsse lokale Arbeitsplätze schaffen und Steuereinnahmen generieren, und die dafür nötigen Einkaufszentren und Siedlungsstraßen gehen mit Bodenversiegelung einher. Dieser Bürgermeister ist sich der klimapolitischen Notwendigkeiten durchaus bewusst und versucht, diese innerhalb der Einverständnisse des politischen Feldes zu erfüllen: Er setzt auf Anreize und psychologische Tricks, er hofft auf technologischen Fortschritt.

Wie oben ausgeführt, berufen sich Wissenschaftler:innen zur Untermauerung ihrer Argumente großteils auf Forschungsergebnisse, Politiker:innen auf Anekdoten. Politiker:innen erzählen in den Gesprächen häufig aus ihrem politischen Alltag und aus ihrer persönlichen Lebensgeschichte, Wissenschaftler:innen fast nie. Das lässt sich unter anderem auf die unterschiedlichen

¹⁸ Luhmann, N. (1987): Soziale Systeme – Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt: Suhrkamp.

¹⁹ Luhmann, N. (1975): Soziologische Aufklärung. Band 2. Opladen: Westdeutscher Verlag.

²⁰ Luhmann, N. (1989): Theorie der politischen Opposition. Zeitschrift für Politik 36. 13-26.

²¹ Bourdieu, P. & Wacquant, L. (1996): Reflexive Anthropologie. Frankfurt: Suhrkamp.

²² Bourdieu, P. (1998): Vom Gebrauch der Wissenschaft: Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes. Konstanz: UVK Universitätsverlag.

²³ Bourdieu, P. (2001): Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz: UVK Universitätsverlag.

²⁴ Thornton, P.H. / Ocasio, W. / Lounsbury, M. (2012): The Institutional Logics Perspective – A New Approach to Culture, Structure, and Process. Oxford: Oxford University Press.

Selektionsmechanismen zurückführen, die im wissenschaftlichen und im politischen Feld wirken: Die Persönlichkeit von Politiker:innen steht täglich auf dem Prüfstand, Medien beurteilen laufend ihre Authentizität, Empathie und Führungsstärke, und dies wirkt sich unmittelbar auf Umfrage- und Wahlergebnisse aus. In der Wissenschaft hingegen gilt der Anspruch, dass Anerkennung und berufliches Fortkommen nur auf der wissenschaftlichen Leistung beruhen soll, nicht auf der Persönlichkeit der einzelnen Wissenschaftler:innen.

Außerdem zeigt sich im unterschiedlichen Umgang mit Anekdoten, was in Wissenschaft und Politik jeweils als legitime Wissensquelle anerkannt ist. Die eigene Lebenserfahrung und der persönliche Blick auf die Welt ist in der Politik eines der überzeugendsten Argumente – und das umso mehr, wenn Politiker:innen selbst Teil der Gruppe sind, über die sie sprechen: Migrantin, Arbeiter:innenkind, schwuler Mann. In der Wissenschaft hingegen hat anekdotische Evidenz kein Gewicht. Jedes Uni-Seminar zu wissenschaftlichem Arbeiten vermittelt mehrere Methoden, die die eigene Forschung nachvollziehbar und reproduzierbar machen sollen; der Erkenntnisgewinn soll unabhängig sein von der individuellen Forschenden. Das ging bis vor einigen Jahren im deutschsprachigen Raum sogar so weit, dass der/die individuelle Wissenschaftler:in, das „ich“, in Texten unsichtbar gemacht wurde. Im Doktoratsstudium an der Wirtschaftsuniversität Wien wurde in den frühen 2010er-Jahren noch gelehrt, dass wissenschaftliche Publikationen im Plural zu verfassen sind – „Wir untersuchen in dieser Studie...“ –, selbst wenn die Autorin die Forschung alleine durchgeführt hat: Sie spricht hier ja nicht als individuelle Person, sondern als Vertreterin der Wissenschaft. Das hat sich mittlerweile geändert. Dennoch: Der Anspruch, durch wissenschaftliche Studien belastbare Aussagen über den Untersuchungsgegenstand zu treffen, statt sich selbst als Forscher:in abzubilden, ist weiterhin das Ziel wissenschaftlichen Arbeitens.

Begegnung an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik

„Eine Studie der Volkshilfe hat vor kurzem gezeigt, dass 93 Prozent der Bevölkerung sagen, dass Pflegekräfte besser entlohnt werden sollen und kürzere Arbeitszeiten brauchen.“ – „Jetzt ist die Zeit, in der wir große strukturelle Änderungen andenken und anstoßen müssen, die vorher als undenkbar gegolten haben.“ (Birgit Gerstorfer und Barbara Prainsack im Gespräch über das Pflegesystem)

„In den letzten beiden Jahren konnte das reichste Zehntel der Bevölkerung ihr Vermögen noch um 30 Prozent vergrößern, jetzt hat eine neue Studie der Nationalbank gezeigt, dass das reichste Prozent in Österreich fast die Hälfte des Vermögens besitzt.“ – „Wir brauchen ein Vermögensregister, wir brauchen eine progressive Vermögenssteuer, wir brauchen Erbschaftssteuern mit relativ hohen Freibeträgen.“ (Renate Anderl und Miriam Rehm im Gespräch über Vermögensverteilung)

„Es gibt kaum Räume, in denen diese parallelen Diskurse zusammenkommen. Weil sie ihre jeweils eigenen Nischen und Plattformen haben, in denen auch Gemeinschaft simuliert wird.“ – „Das muss man zunächst einmal positiv sehen. Weil das macht einen ungeheuren Raum auf.“ (Veronica Kaup-Hasler und Felix Stalder im Gespräch über digitale Kommunikation)

Die wissenschaftlichen Daten und Analysen in diesen Gesprächsauszügen stammen nicht etwa von den Wissenschaftler:innen, sondern von den Politiker:innen. Die politischen Aufrufe und Forderungen wiederum wurden hier von den Wissenschaftler:innen geäußert. Wie diese Zitate zeigen, sind die Trennlinien zwischen Wissenschaft und Politik doch nicht so scharf gezogen, wie im vorangegangenen Teil ausgeführt. Manchmal ist in den „Wissenschaft und Politik im Dialog“-Gesprächen rein aus dem Gesagten nicht erkennbar, wer spricht. Beispiele dafür sind das ping-pong-artige Nennen von Beispielen für Steuervermeidung von Konstantin Wacker und Evelyn Regner, die abwechselnden Beschreibungen des neuen Selbstbewusstseins von Migrant:innen zwischen Vedran Džihčić und Nurten

Yılmaz, das gemeinsame Überlegen rund um Klima und Verzichtsdebatten von Felix Butzlaff und Julia Herr, oder die fachliche Diskussion zwischen Anna Riegler und Roland Fürst zur Bedeutung von Sprache für Ungleichheitsverhältnisse.

Politiker:innen arbeiten eben auch mit wissenschaftlichem Wissen. Sie holen Beratung und Expertise von Wissenschaftler:innen ein; oft geben politische Organisationen wissenschaftliche Studien in Auftrag, um mit den Ergebnissen ihre Argumente und Forderungen zu untermauern. So gewinnen Politiker:innen einen guten Ein- und Überblick über den aktuellen Wissensstand in ihren jeweiligen Themenbereichen und werden schließlich selbst zu Expert:innen. Manche der Politiker:innen in unseren „Wissenschaft und Politik im Dialog“-Gesprächen haben auch eine berufliche Vergangenheit in der Wissenschaft.

Und Wissenschaftler:innen wiederum sind eben auch politische Menschen. Sie verfolgen das politische Geschehen, denken über politische Strategien nach, sammeln Alltagseindrücke und interpretieren diese politisch. Entsprechend bringen sie auch normative Statements und Anekdoten in die Gespräche ein. Insbesondere jene Wissenschaftler:innen, die ich im Rahmen unserer Gesprächsreihe einlade, sind politische Menschen – das ist ja der Grund, warum sie Fragestellungen untersuchen und Forschungsergebnisse erarbeiten, die für die Politik relevant sind, weswegen ich sie wiederum für Gespräche anfrage. Einige der Wissenschaftler:innen im Buch „Wissenschaft und Politik im Dialog“ waren selbst in politischen Organisationen aktiv, manche engagieren sich auch heute noch in Interessensvertretungen und politischen Parteien. Und praktisch alle Wissenschaftler:innen im Buch bemühen sich, ihre Forschung in verständliche und umsetzbare politische Ableitungen zu übersetzen – nicht nur im Rahmen von Forschungsberichten, sondern auch in der Politikberatung, in Blogs und interaktiven Websites, in Policy Briefs, Interviews und Zeitungskomentaren.

Interessanterweise ist es bei vielen unserer Wissenschaft & Politik Gespräche so, dass die Wortmeldungen der Gesprächspartner:innen zu Beginn recht eindeutig ihren jeweiligen Rollen als Wissenschaftler:innen oder Politiker:innen entsprechen. Erst im Gesprächsverlauf werden die Unterschiede undeutlicher, die Trennlinien unschärfer. Ich deute das als Auswirkung der direkten Interaktion, des persönlichen Austauschs. Sozialwissenschaftliche Theorien des sozialen Handelns sehen Interaktionen als jene Orte, in denen Normen und Bedeutungen reproduziert, ausgehandelt, verändert werden²⁵. Im Bemühen, Kommunikation zu ermöglichen, lassen sich die Gesprächspartner:innen aufeinander ein und greifen dabei auf ihre jeweils passenden eigenen Wissensvorräte zurück: Wissenschaftler:innen auf ihr politisches Wissen, Politiker:innen auf ihr wissenschaftliches Wissen, beide auf ihre Alltagserfahrungen. Die direkte Interaktion fördert dadurch das gegenseitige Verständnis von Menschen, die sich in den unterschiedlichen Welten von Wissenschaft bzw. Politik bewegen.

Darin liegt eine Absicht hinter der Gesprächsreihe: Wir schaffen damit Räume, in denen gegenseitiges Verständnis erzeugt und Übersetzungsarbeit geleistet werden kann, in denen Wissenschaft und Politik einander durch Einsichten bereichern können. Wissenschaftliches und politisches Wissen sehen wir dabei nicht in einem hierarchischen Verhältnis zueinander, sondern als unterschiedliche, sich ergänzende Wissensformen. Unser Anliegen ist es, Gespräche und Begegnungsräume so zu gestalten, dass sie einen Austausch auf Augenhöhe fördern. Wissenschaftliche Forschung kann an Relevanz gewinnen, wenn Wissenschaftler:innen besseren Einblick in die Abwägungen, Herausforderungen und Wissensbedürfnisse von Politiker:innen gewinnen. Politisches Handeln kann zielgerichteter und wirkungsvoller werden, wenn es auf den Erkenntnissen wissenschaftlicher Analysen aufbaut.

²⁵ Für entsprechende Beiträge aus der Sozialpsychologie siehe Blumer, H. (1969): Symbolic Interactionism. Perspective and Method. New Jersey: Prentice Hall.

Eine weitere, ebenso bedeutsame Absicht hinter der Gesprächsreihe liegt in der Konfrontation unterschiedlicher Perspektiven, mit dem Ziel, Innovation zu fördern. Dieser Gedanke folgt der oben angesprochenen Theorieperspektive der Institutionellen Logiken. Demzufolge werden soziale Situationen meist von mehreren unterschiedlichen, oft auch widersprüchlichen institutionellen Logiken gleichzeitig strukturiert²⁶, wodurch widersprüchliche Selbstverständlichkeiten, Sinn- und Legitimitätsquellen aufeinandertreffen. Das kann zu Konflikten führen, wie auch zum Hinterfragen von als logisch, als selbstverständlich angenommenen „Tatsachen“. Geschieht dies öfter, so führt das zu einer Verschiebung der Wirksamkeit unterschiedlicher institutioneller Logiken im jeweiligen sozialen Kontext, und weiter zu gesellschaftlichem Wandel. Wenn wir Wissenschaftler:innen und Politiker:innen miteinander ins Gespräch bringen, schaffen wir damit einen Rahmen, in dem unterschiedliche Logiken aufeinandertreffen. Dabei kann es vorkommen, dass das, was für die eine Person ganz klar – logisch – ist, für die andere Person keinen Sinn ergibt, keine Relevanz hat, unlogisch ist. Wenn sich die beiden Gesprächspartner:innen aufeinander einlassen, kann das wiederum dazu führen, dass sie ihre eigenen Logiken, ihre eigenen Selbstverständlichkeiten, Sinn- und Legitimitätsquellen infrage stellen. Genau durch solche Momente werden Horizonte erweitert und Neues wird denkbar.

In den Gesprächen im Buch „Wissenschaft und Politik im Dialog“ finden sich nur wenige explizite Momente des Zweifels, der Infragestellung, des noch unentschiedenen Abwägens widersprüchlicher Ziele und Dilemmata (Ausnahmen gibt es bei schwierigen und ambivalenten Themenbereichen wie Klimapolitik und Migrationspolitik, sowie bei Überlegungen zu gewerkschaftlicher Organisation). Das ist durchaus verständlich: Politiker:innen und Wissenschaftler:innen sehen diese Gesprächssituationen in den meisten Fällen wohl erstmal als Auftrittsmomente. Politiker:innen sind es gewohnt, in Zeitungsinterviews und bei Diskussionsveranstaltungen Sicherheit und Orientierung zu vermitteln, sowie bei jeder Gelegenheit ihre Forderungen zu platzieren. Wenn Politiker:innen Unsicherheiten und Ambivalenzen ausdrücken, so werden sie dafür von Medien und öffentlicher Meinung tendenziell abgestraft²⁷. Unsere moderierten Gespräche, die zu interviewförmigen Texten verarbeitet werden, haben durchaus Ähnlichkeiten mit anderen, öffentlicheren Auftrittsmomenten. In der Wissenschaft wiederum ist der Umgang mit Unsicherheit zwar integraler Teil des fachlichen Diskurses; im Austausch mit Politik und Öffentlichkeit sind Wissenschaftler:innen aber mit der Erwartung konfrontiert, für unterschiedlichste Phänomene eindeutige Erklärungen und Prognosen parat zu haben. Diese Erwartung an die Wissenschaft ist wahrscheinlich auch in unseren Gesprächssituationen spürbar.

Dennoch: Die beteiligten Wissenschaftler:innen und Politiker:innen haben durchgehend ihre Wertschätzung für diesen speziellen Austauschraum zum Ausdruck gebracht. Für die Politiker:innen war es ein Genuss, ohne Agenda in den Dialog zu treten, sich mit ausreichender Zeit und analytischer Tiefe dieser Auseinandersetzung widmen zu können. Wissenschaftler:innen schätzten die Einblicke in politische Strategien und Abwägungen, sowie die Gelegenheit, ihre Einschätzungen direkt an die Politik kommunizieren zu können.

Wir werden diese Räume der Begegnung von Wissenschaft und Politik weiterhin schaffen und im Sinne unserer beiden Absichten – gegenseitiges Verständnis und Konfrontation unterschiedlicher Perspektiven – weiterentwickeln. Vor allem will ich Möglichkeiten finden, um unsere innovationsorientierte, Selbstverständlichkeiten infrage stellende Absicht hinter den Gesprächen besser zu erfüllen: Kniffe, die mehr Raum dafür schaffen, dass Unsicherheiten und Uneinigkeiten offen angesprochen werden. Ich bin dankbar für Ideen und Hinweise!

²⁶ Greenwood, R. / Raynard, M. / Kodeih, F. / Micelotta, E.R./ Lounsbury, M. (2011): Institutional Complexity and Organizational Responses. *The Academy of Management Annals* 5/1. 317-371.

²⁷ Nowotny, H. (2021): Wege aus der Pandemie: zur Neubestimmung des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft. Policy Brief. http://www.helga-nowotny.eu/downloads/helga_nowotny_b359.pdf (1.6.2022)